

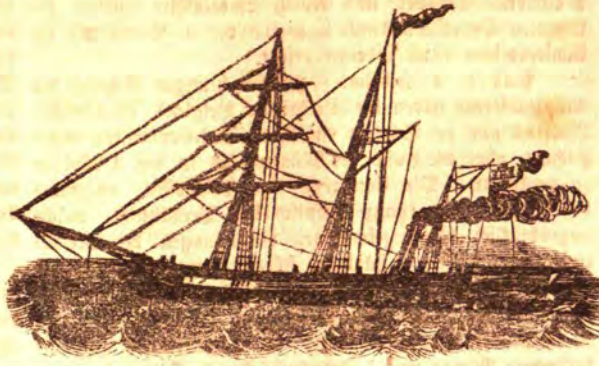
Wiemeler Dampfboot.

№ 29.

Mittwoch,

Erscheint täglich Morgens
mit Ausnahme
der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis
pränumerando 1 Thlr.
mit Botenlohn sowie bei allen Post-
Anstalten 1 Thlr. 5 Sgr.



1874.

den 4. Februar.

Anzeigen werden für den Raum
einer Corpus-Spaltheile von Abonnent
ten mit 1 Sgr. 4 Pf., von Nicht
Abonnenten und Auswärtigen mit
1 Sgr. 8 Pf. berechnet.
Reclamen pro 1-spaltige Petitzelle 2 S

Anzeigen, für die folgende Nummer be-
stimmt, sind spätestens bis Nach-
mittag 2 Uhr einzuliefern.
Belag-Exemplare kosten 1 Sgr.

Tages-Chronik.

Den 5., Vorm. 10 Uhr, in Ehemaligen Verkauf von
Bau- und Brennholz.

Deutschland und England.

Die Zustimmung-Resolution, welche am vorvergan-
genen Dienstag die beiden großen Londoner Sympathie-
Meetings in Sachen der Deutschen Kirchenpolitik beschloß,
wird von den liberalen Deutschen Blättern mit begrei-
flicher Sympathie erörtert.

Die „Schlesische Presse“ sagt:

Daß Alles, was Römisch ist, die unter dem Vor-
sitz Sir John Murray's und auf Veranstaltung Lord Russell's
beschlossenen Resolutionen verabscheut, versteht sich ja durch-
aus von selbst, und darum ist eine ausdrückliche Kund-
gebung dieses Absehens ganz gleichgiltig. Daß die wich-
tigsten Classen des Volkes von England der Haltung des
Deutschen Reiches und des Deutschen Kaisers ihre Sym-
pathien entgegenbringen, war dagegen keineswegs selbst-
verständlich, und darum war die Londoner Versammlung
vom Dienstag ein bedeutungsvolles Ereigniß. Die Soli-
darität des Ultramontanismus durch die ganze Welt ist
eine offenkundige und in seinem eigensten Wesen begründete
Thatsache; die Solidarität der Nationen, so weit sie nicht
unter dem Commando der Römischen Prieesterchaft stehen,
in der Abwehr dieser war dagegen bis vor kurzem nur
ein Wunsch aller aufrichtigen, die Bedeutung des abermals
entbrannten alten Kampfes würdigenden Freunde der Frei-
heit, und eine Demonstration, wie die jüngste Englische,
ist ein bedeutsamer Beweis, daß der Wunsch zur Thatsache
wird.

In ähnlicher Weise äußert sich die „Dresdener
Zeitung“: Wir legen — sagt sie — auf das Urtheil
des Auslandes über unsere innere Politik keinen über-
mäßigen Werth; wir sind mündig geworden, und wissen
selbst recht gut, was wir zu thun und zu lassen haben.
In diesem Falle aber können wir nicht umhin, das Urtheil
Englands als ein besonders kompetentes zu bezeichnen.
Es ist nicht geleitet durch irgend ein Interesse. Es geht
aus von dem Lande, welches unter allen Europäischen
Staaten gegen den Ultramontanismus die größte Abneigung hat.
Die Zustimmung Italiens ließe uns kalt, denn dieselbe
könnte nicht für uninteressirt gelten. Die Zustimmung
Rußlands würde uns mißtraulich machen, denn Rußland
hat vor der Freiheit des Glaubensbekenntnisses keine Achtung.
Die Zustimmung Englands erfüllt uns mit Zuver-
sicht und Stolz. Wir würden dem Urtheile Englands
zum Trost unseren Weg vorwärts gegangen sein; daß
aber dieses Urtheil ohne unser Zutun zu unseren Gunsten
wendet, ist uns von Werth, weil wir um diese Sym-
pathien nicht geworden haben. Wer vom liberalen Stand-
punkte aus an der Berechtigung des Vorgehens unserer
Regierung zweifelt, der lasse sich von England belehren.

Die „Spener'sche Zeitung“ erwartet von der Eng-
lischen Kundgebung, welche sie eine „epochemachende und
bahnbrechende That“ nennt, daß dieselbe einen heilsamen
Eindruck auf die Regierungen von Frankreich, Belgien und
Italien hervorbringen werde, und die „National-Zeitung“
endlich „schöpft aus der Englischen Versammlung die freu-
dige Gewißheit, daß die Erkenntniß von der Nothwendig-
keit und Größe des Kampfes gegen Rom einen gewaltigen
Fortschritt gemacht hat. Jeder verständige Katholik im In-
wie im Auslande werden sich sagen müssen, daß Gesetze,
denen die freigeistlichen Männer Englands ihre Billigung
zugerufen haben, ihn in der Ausübung seiner Religion
nicht hindern oder schädigen können, daß der Widerstand
der Preussischen Bischöfe dagegen nicht aus Rücksichten des
Glaubens, sondern aus Hochmuth und Ueberhebung ent-
springt. Denen wiederum, die bisher so tapfer das Recht
des Staates gewahrt, den am besten gefaßten Mann
Europas voran, muß die Zustimmung und Ermunterung
des Englischen Volkes Veruhigung, daß sie das Richtige

und Wahre getroffen, und Ansporn zugleich sein, in diesem
Streite, der ein allgemeiner, allumfassender für die Ent-
wicklung menschlicher Cultur ist, nicht nachzulassen.“

Deutsches Reich.

dn Berlin, 31. Januar. Wie man uns von
parlamentarischer Seite her mittheilt, wird am Montag
Abends im Reichstagsgebäude eine Vorbesprechung wegen
des Berliner Meetings stattfinden, das Ende nächster Woche
abgehalten werden soll. Die Kundgebung des Dankes an
das Englische Volk für dessen hochherziges Interesse an dem
Kampf Deutschlands gegen den Ultramontanismus erfolgt
aus keinem anderen Grunde etwas spät, als weil man
nothgedrungen erst den Zusammentritt des Reichstags ab-
warten wollte. Das Meeting fällt entweder auf Freitag
oder Sonnabend der nächsten Woche.

— Allerhöchster Erlass vom 23. Januar 1874,
betreffend die Ausgabe von Reichs-, Gold-, Silber-, Nickel-
und Kupfermünzen neben den Landesmünzen der Thaler-
währung durch die königlichen Kassen. Auf den Bericht
des Staatsministeriums vom 22. d. M. genehmige Ich,
daß neben den Landesmünzen der Thalerwährung außer
den in dem Gesetze vom 4. Dezember 1871 (Reichs-
Gesetzbl. S. 404) bezeichneten, bereits in Circulation be-
findlichen Reichs-Goldmünzen auch die nach dem Münz-
Gesetze vom 9. Juli 1873 (Reichs-Gesetzbl. S. 233)
auszuprägenden Reichs-Gold-, Silber-, Nickel- und Kupfer-
Münzen nach Bedarf durch die königlichen Kassen in Um-
lauf gesetzt werden. Dieser Erlass ist durch die Gesetz-
sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

* Zwischen dem Minister des Innern, Grafen Eulen-
burg, und dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Herrn
von Bennigsen, haben, wie wir von bestunterrichteter Seite
erfahren, Besprechungen stattgefunden, welche sich auf die
Vertagung des Landtages bezogen. Der Minister wünscht,
die Kammern möchten bis zum 20. Februar zusammen
bleiben, schon damit das Herrenhaus die Civilische-Vorlage
ungestört durchberathen könne; Herr von Bennigsen dagegen
ist der Ansicht, es sei unthunlich, über den 14. Februar
hinaus das Abgeordnetenhause zu Plenarsitzungen zusammen
zu berufen. Die förmliche Vertagung erfolgt sonach wahr-
scheinlich erst am 20. Februar, allein das Abgeordnetens-
haus wird nur noch vierzehn Tage lang discutiren; in
der Zeit vom 14. bis zum 20. dieses Monats würden
dann höchstens noch Commissionen thätig sein. Das Herren-
haus hat drei Wochen Zeit vollauf nöthig, um die dringend-
sten Geschäfte zu erledigen.

* Auf einen von bethelligter Seite gestellten Antrag
hat die Kaiserliche Admiralität bei der obersten Reichsbe-
hörde die Einsetzung einer Commission in Anregung gebracht,
welche aus erfahrenen Seeleuten zusammengesetzt sich der
Prüfung und Beurtheilung von Seeunfällen unterziehen
soll. Das Reichskanzleramt hat diese Angelegenheit den
Regierungen der Deutschen Küstenstaaten zur Kenntniß-
nahme unterbreitet und dieselben aufgefordert, sich über die
Zweckmäßigkeit einer solchen Commission gutachtlich zu
äußern.

* Die liberalen Fractionen des Abgeordnetens-
hauses beabsichtigen die Rede des Abgeordneten Perri über die
Ziele des Ultramontanismus in einigen hunderttausend Exem-
plaren drucken und durch ganz Deutschland, namentlich in
den katholischen Districten verbreiten zu lassen.

* Deut hat die Budget-Commission des Abgeordnetens-
hauses ihre Vorprüfungen des Etats beendet und am Mon-
tag Mittag tritt die Commission, welcher die Vorberathung
der Provinzial-Ordnung obliegt, zum ersten Male zusammen.

* Nach den Vorschlägen des Präsidenten v. Bennig-
sen will das Abgeordnetenhause die Staatsberatungen so
einrichten, daß die zweite Lesung am Dienstag jedenfalls
geschlossen wird.

— Die Bundesraths-Ausschüsse für Handel, Verkehr
und Justizwesen haben bereits über den Entwurf wegen
Abänderung einiger Bestimmungen der Gewerbeordnung

berichtet und die Annahme des Entwurfs mit den neulich
bereits erwähnten Abänderungen beantragt. Der Bericht
hebt hervor, daß die Ausschüsse die Wiederlegung des Ent-
wurfs an den Reichstag für empfehlenswerth erachtet hatten,
„da das Bedürfniß einer Neuregelung der obwaltenden
Verhältnisse nach wie vor fortbesteht und ganz besonders in
Ansehung der Bestrafung des Contractbruches aus den in
neuester Zeit zahlreich eingegangenen Petitionen zu ent-
nehmen war, daß in den vorzugsweise betheiligten Kreisen
eine Aenderung der dormaligen Gesetzgebung bringend ge-
wünscht wird.“ Der Entwurf selbst zerfällt, wie man sich
erinnern wird in drei Artikel. Der erste hebt den bisherigen
§ 108 der Gewerbeordnung (Streitigkeiten zwischen Arbeit-
gebern und Arbeitnehmern) auf und setzt an dessen Stelle neun
andere Paragraphen 108—108h, betreffend die Einsetzung von
Gewerbegerichten, welche nach den jetzigen Vorschlägen mit
den Gerichten erster Instanz verbunden werden. Der
zweite Artikel ändert den § 127 der G.-D. insofern ab,
als er die Bestimmungen der §§ 105—114 (Verhältnisse
der Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge) auf Fabrikarbeiter an-
wendet und die Bestimmungen über die Gewerbegerichte
auch auf die den Fabrikarbeitern Gleichgestellten ausdehnt.
Der dritte Artikel verändert die §§ 153 und 154 und
ordnet die Bestrafung des Contractbruches mit Gefäng-
niß bis zu sechs Monaten, sofern nicht durch
das Strafgesetzbuch eine härtere Strafe eintritt. Neu
und dem kürzlich vorgelegten Antrag entsprechend ist der
§ 153 a: „Mit Geldstrafe bis 150 Mark Reichsmünze
oder Haft werden, wenn sie mit dem Bewußtsein der Rechts-
widrigkeit handeln, bestraft 1) Arbeitgeber, welche ihre
Gesellen, Gehilfen oder Fabrikarbeiter widerrechtlich ent-
lassen oder von der Arbeit zurückweisen; 2) Gesellen, Ge-
hilfen und Fabrikarbeiter, welche die Arbeit widerrechtlich
verlassen oder verweigern. Mit der gleichen Strafe wird
bestraft, wer Arbeitgeber oder Arbeitnehmer u. zu den ge-
dachten Handlungen durch Mittel aller Art oder durch Zu-
wendung oder durch Unterstützung von Vortheilen bestimmt
oder zu bestimmen versucht, in so fern durch das Straf-
gesetzbuch nicht eine härtere Strafe eintritt.“

— Das Fremdenblatt meldet: „Das Schiebsgericht
für Streitigkeiten zwischen den Buchdruckereibesitzern
und ihren Sezern hat in Sachen des Strikes in
der Möser'schen Druckerei zu Ungunsten der Sezer ent-
schieden und dieselben zur Herausgabe der ihnen unter Vorbe-
halt gezahlten Summe von 260 Thlr. verurtheilt. Wäh-
rend des Strikes wurden die Vorlagen für das Abgeord-
netenhause so wie die Anlagen zu den stenographischen Ver-
richten in der königlichen Staatsdruckerei, die stenographi-
schen Berichte aber in der Druckerei der Nordb. Allg. Ztg.
gedruckt. Den letztgenannten Druckereien hatte, wie be-
reits erwähnt, die Commandantur zum Militär eingezogene
Sezer zur Unterstützung überwiesen. Am Sonnabend
Abend und im Laufe des Sonntags sind sogar mit den
Eisenbahnen fünfzig Soldaten, gelehrte Schriftsetzer, hier
eingetroffen, welche für die Möser'sche Officin bestimmt sind.
Der Kriegs-Minister hatte nämlich nach Ausbruch des
Strikes in der genannten Druckerei an sämtliche Armee-
Corps den Befehl erlassen, die bei den einzelnen Truppen-
theilen stehenden Schriftsetzer, die hier zu arbeiten sich er-
bieten, sofort zu beurlauben und nach Berlin zu dirigiren.
Ein großer Theil derselben hat am Montag bereits mit
dem Satz der Kammerberichte begonnen.“

Oesterreich.

Wien, 31. Januar. Die von hier aus in Deut-
schen Blättern verbreiteten Mittheilungen über eine vom
Grafen Veust während seiner letzten hiesigen Anwesenheit
entfaltete politische Thätigkeit werden von der hiesigen
„Abendpost“ in offiziöser Weise als erfunden bezeichnet. —
Der Kaiser wird seine Reise nach St. Petersburg am 11.
Februar Nachmittags antreten. In seinem Gefolge befin-
den sich der Minister der auswärtigen Angelegenheiten,
Graf Andrássy und der Sectionschef Freiherr v. Hofmann,

ferner der General-Adjutant Graf von Bellegarde, der Generalmajor Graf Pejacevich, 5 Flügel-Adjutanten und der Vorstand der Militärkanzlei, Oberst Ritter von Beck.

Frankreich.

* Die Gründe, welche die Abreise des Herrn Rouher von Paris nach England veranlaßt haben, liegen nicht in der accentuirten Haltung des Prinzen Napoleon. Der ehemalige Staatsminister hat sich nach Ghislhurst begeben, um an einer Familienberatung Theil zu nehmen, in welcher Beschluß gefaßt werden sollte, wie man die Großjährigkeit des kaiserlichen Prinzen feierlich begehen und welche Haltung man nach diesem Ereigniß einnehmen solle. Man hat sich entschieden, Alles bei Seite zu lassen, was einen politischen Character an sich tragen könne. Nach reiflicher Ueberlegung ist man dahin übereingekommen, daß die Franzosen, welche an diesem Tage nach Ghislhurst kommen werden, in Cambon-Place zu empfangen. Der Älteste der Deputation soll eine Ansprache an den kaiserlichen Prinzen halten, welche von diesem erwidert werden wird. Nach den officiellen Feierlichkeiten wird der Prinz sich sofort wieder nach Woolwich begeben, um dort noch ein Jahr seinen militärischen Studien obzuliegen, welche derselbe mit ganz besonderem Eifer betreibt. Bei einer Concurrenz in der Artilleriewissenschaft hat der Prinz kürzlich unter fünfzig Mitbewerbern den ersten Preis davongetragen. Als man ihn beglückwünschte, erwiderte er: „Das Fach der Artillerie ist nicht schwer für mich. Es ist die Wissenschaft unserer Familie.“ — In Frankreich werden übrigens bereits große Vorbereitungen zu der Pilgerfahrt nach Ghislhurst am 16. März gemacht. Die Eisenbahnen werden zu dem Zweck besondere Billets zu ermäßigten Preisen bewilligen.

England.

* In Veranlassung der Beschlüsse des großen Londoner Meeting in St. James-Hall wurden am Tage nach demselben im National-Club zu London durch eine Deputation bestehend aus Mitgliedern des Comitees dem Deutschen Vorkämpfer Grafen Münster mit warmen Ausdrücken der Sympathie die in der Versammlung gefaßten Resolutionen überreicht, wobei ausdrücklich hervorgehoben wurde, daß einzelne Parlamentsmitglieder nur durch Wahlgeschäfte an ihrer Theilnahme verhindert gewesen seien. Der Vorsitzende des Comitees Lord Russell hatte bereits Sr. Majestät dem Kaiser Wilhelm den Text der gefaßten Beschlüsse direct durch einen besonderen Abgesandten übermitteln lassen.

Italien.

* Die Affaire Bismarck Lamarmora giebt den Italienschen Blättern zu längeren Commentaren Anlaß. Die „Opinione“ beschäftigt sich damit in einer ihrer letzten Nummern in einem drei Spalten langen Artikel und rüht als zu dem Bernünftigen zu Gelassenheit und Discretion, damit endlich eine Frage geschlichtet und beigelegt werde, welche nur von den Feinden Italiens und Deutschlands immer aufs Neue aufs Tapet gebracht werde.

* Das vom Italienischen Minister des Aeußern an die fremden Mächte gerichtete Circular über die Freiheit und Unabhängigkeit des Papstes und des Conclave ist in Form einer einfachen aber schlichten Declaration gehalten. Es wird veröffentlicht werden, wenn das Parlament nicht das Gegentheil verlangt.

Neueste Nachrichten.

Schwerin, 1. Februar. So eben ist der Landtag von dem Großherzoge von Mecklenburg-Schwerin in Person eröffnet worden. Die von dem Großherzoge verlesene Thronrede betont, daß sich die Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinsche Regierung mit derjenigen des Großherzogthums Mecklenburg-Strelitz betreffs der unabwieslichen Nothwendigkeit einer Reform der Landesverfassung im vollständigen Einverständnis befinde. Beide Regierungen wünschten bringen eine einheitliche Landesvertretung und die Beseitigung des patrimonialen Charakters der seitherigen Vertretung, sie wollten diese Reform aber im Anschluß an das Bestehende. Das Land werde dann im Stande sein, in treuer Hingabe an das Reich an den großen Aufgaben des Reiches mitzuwirken. — In die Reform der Landesvertretung betreffenden Vorlage ist für die Städte und Landgemeinden das indirecte, für die Großgrundbesitzer das directe Wahlsystem adoptirt. Aus indirecten Wahlen sollen 57 Abgeordnete hervorgehen, ihre Wahl erfolgte durch die in freier Wahl gewählten Organe der Gemeinderverwaltung 31 andere Abgeordnete werden von den Großgrundbesitzern direct gewählt. Hierzu treten ferner 9 Vertreter des alten und befestigten Grundbesitzes, 5 der größeren Städte und 6 aus landesherrlichem Vertrauen berufene Mitglieder. Die seitherige Itio in partes ist beibehalten. Die Legislaturperiode ist eine 6jährige. Dem Landtage steht das unbedingte Zustimmungskrecht bei der Gesetzgebung und bei der Besteuerung zu. Es soll ein einheitliches Finanzsystem eingeführt und der Staatshaushaltsetat soll alljährlich vereinbart werden.

Stralsburg, 1. Februar. Wahlergebnis: In der Stadt gaben von rund 12,000 Wahlberechtigten 9027 ihre Stimmen ab; davon erhielt Lauth (franz. ultramontan) 5096, Schneegans 2926, Bebel 168 Stimmen. Der Verlauf des Wahls war sehr ruhig.

London, 1. Februar. Nachrichten aus Cape-Coast-Castle vom 8. d. M. zufolge hatte der König der Afhan-

tee's 12 Abgesandte an General Wolsey abgeschickt und durch dieselben um Frieden bitten lassen. General Wolsey aber hatte erwidert, daß er über den Frieden nur in Cumassi unterhandeln werde.

London, 2. Februar. Bis jetzt fanden 48 Neuwahlen zum Parlament statt, wovon 20 liberal und 28 conservativ ausfielen. In Guildford, Hatan, Kidderminster, Maidstone, Andover und North Lincolnshire wurden die liberalen Deputirten durch Conservative, in Vornstaple die Conservativen durch Liberale ersetzt.

Paris, 1. Februar. In der heutigen Sitzung der Münzconferenz haben die Delegirten Belgiens, Frankreichs, Italiens und der Schweiz eine Additional-Convention unterzeichnet, ohne die Basis des Münzwesens in den 4 Ländern zu verändern. Die Conferenz hat beschlossen, angesichts der regelwidrigen, ganz exceptionellen Verhältnisse, welche augenblicklich die regelmäßigen Bedingungen der Metallcirculation in den 4 Ländern stören könnten, müsse man eine Ausnahmemaßregel von provisorischer Dauer annehmen, die darin besteht, die Münzcirculation für das Jahr 1874 zu beschränken, indem während dieses Zeitraums nur eine bestimmte Menge von 5-Frankenstücken in Silber in jedem der vier Länder geschlagen werden soll und zwar in Frankreich nur 60 Mill., in Italien 40, in Belgien 12 und in der Schweiz 8 Mill. Frs.

Mailand, 31. Januar. „Perseveranza“ berichtet ihre am 22. und 23. d. M. ausgesprochene Ansicht, daß die Publikation der „Rdn. Itg.“ auf einer Fälschung beruhe. Sie sagt jetzt, die Bulle „Apostolicae Sedis“ könne nicht in Deutschland mit Rücksicht auf die Wahlen gemacht sein, denn vor einigen Monaten sei diese Bulle in Rom gelesen worden.

Provinzielles.

[Fahrt von Tilsit nach Heydekrug.] Am vergangenen Montag (26. Januar) mußte ein hiesiger Beamter eines amtlichen Termins wegen nach Heydekrug. Derselbe begab sich zu diesem Zwecke schon am Sonntage Vormittags auf das hiesige Postamt, wurde aber abgewiesen, da die Passage über den Memelstrom durch den Eisgang gehemmt sei und deshalb Passagiere nicht befördert werden könnten. Am Traject wurde ihm ein ähnlicher Bescheid, ihm auch gesagt, daß, da das Eis in der vorherigen Nacht drei Stunden gegangen, ein Uebergang über den Strom durch den Traject, da es zu lebensgefährlich sei, unter keinen Umständen bewirkt werden könnte. Was war nun zu thun? Am Sonntage Nachmittags unternahm er daher auf eigene Gefahr eine Fußwanderung über die gestopften Eisschollen von der lutherischen Kirche aus; unter kräftigem, unermüdelichem Ausschreiten gelang es ihm, zwischen Brückentopf und dem Paulinischen Gasthause über die dort lagernden Bauhölzer nach jenseitige Ufer zu erreichen. Dieser Uebelstand war nun zwar überwunden, aber was bot sich jenseits der Memel dem Auge dar? Die sogenannte Interims-Chaussee und die Memelwiesen, Alles war durch die Ueberschwemmung unsichtbar geworden, einzelne Heuhaufen, einzelne Häuser, ja Dorfschaften ragten aus dem unabsehbaren Wasser hervor; dabei zeitweise ein heftiges Schneegestöber, ein starker Wind. Alles dieses machte einen unheimlichen Eindruck. Nach längerem Zeitverlauf wurde ein Fahrzeug bestiegen, und bei tüchtigem Rudern der sogenannten Dammkopf und die hohe Chaussee erreicht. Nach mehrstündigem Aufenthalte unter freiem Himmel wurde endlich der Postwagen bestiegen. Bis Memelen, so weit das Auge reichte, sah man außer einigen Hügeln nur einen Wasserspiegel. Auf diesen Hügeln wurden zwei Hasen und ein Wiesel sichtbar, die dort Schutz vor dem Wasser suchten. Aber je weiter man fuhr, entdeckte man auch neue Spuren von Ueberschwemmungen; die kleineren Vögel, Wild und Kammon sogar, waren angeschwollen und aus ihren Ufern getreten. In der Heydekruger Gegend waren ebenfalls bedeutende Ueberschwemmungen durch den Eisgang eingetreten; die Szief, der Rußstrom, Wirzup u. hatten sich auch aus ihren Ufern gemacht. Die neue Chaussee von Ruß nach Heydekrug war eine Strecke weit bei Ruß überschwemmt, so daß sie dort per Kasn befahren wurde. Ruß stand unter Wasser; wie verlaudet, ist einem Fleischer in seinem Stalle ein gemästetes Schwein ertrunken, auch sollen bei Szief beim Uebersetzen über den Strom vermittelst eines Seelenverkäufers drei Menschen um's Leben gekommen sein. Die Rinter Gegend ist ebenfalls durch die Ueberschwemmung hart bedroht, die dortigen Einwohner müssen ihre Reisen nach Heydekrug über Pröfals unternehmen, auch sollen dort ebenfalls Unglücksfälle vorgekommen sein. Traurige Zustände! — Der starke Sturm in der Nacht vom Montag auf Dienstag hat auch bedeutende Verheerungen in den Waldungen angerichtet; sowohl in den Jäckster Waldungen, als auch in der Forst Dingken, bemerkte man von der Chaussee aus, daß verschiedene große Kiefern mit den Wurzeln ausgerissen waren und umherlagen. (Z. 3.)

— Der Königl. Ostbahn stellt der „Staats-Anzeiger“ in seiner jüngsten Nummer das Zeugniß aus, daß sie vom Gesichtspunkte der Zugverspätungen betrachtet bete noire

unter sämtlichen Deutschen Bahnen ist. Das amtliche Blatt bringt nämlich anerkannter Weise eine Zusammenstellung der von den Eisenbahnen Deutschlands (excl. Baierns) im Monat November 1873 beförderten Züge und deren Verspätungen. Aus dem minutiösen Einzelheiten ist als Facit zu entnehmen, auf wie viel Achskilometer je eine Verspätung entfällt, und da sehen wir denn, daß die Ostbahn in diesem negativen Sinne die Palme davonträgt. Bei der Ostbahn entfällt schon auf je 4505 Achskilometer eine Verspätung, während bei den Sächsischen Staatsbahnen, denen in dieser Beziehung das glänzendste Zeugniß auszustellen ist, erst auf 358,688 Achskilometer eine Verspätung je constatirt wird. Angesichts dieser Ziffern können wir nur die Hoffnung wiederholen, daß im Interesse des Handelsstandes sich die Landesvertretung mit der Ostbahnverwaltung beschäftigen wird. Die bevorstehende Beratung über das Eisenbahnwesen giebt eine geeignete Gelegenheit dazu.

— Am 23. v. M. ereignete sich in Althristburg ein größliches Unglück. Zwei Förster, von denen der eine dem königlichen, der andere dem Hohenborfer Forstbezirke angehörte, standen sich schon seit längerer Zeit feindlich gegenüber, welcher unfriedliches Verhältnis Veranlassung wurde zu jener blutigen und besonders für die Angehörigen schrecklichen That. Am Abend des obenerwähnten Tages trafen sich die beiden Feinde an der Grenze, welche die königliche Forst von der Hohenborfer scheidet. Sofort entwickelte sich ein Streit, der in solche Heftigkeit ausartete, er sogar von Leuten, welche in geräumiger Entfernung mit Holzhacken beschäftigt waren, gehört wurde. Mehrere auf einander folgende Schüsse bewogen die Holzschläger, welche nichts Gutes ahnten, dem Schalle nachzugehen. Nicht lange wahrte es, so fanden sie den einen der Förster in seinem Blute todt liegen, während von dem andern keine Spur zu entdecken war. Nachdem man das eine Opfer nach Hause gebracht, wurde sofort eine Anzahl von Leuten ausgeschickt, den Hohenborfer Förster (dieser war nach näherer Erkundigung nicht zu Hause) im Walde zu suchen. Nach längerer Zeit fand man denselben an einer Buche, erstarrt und dem Tode nahe, liegen. Eine genaue Untersuchung ergab, daß derselbe nicht weniger als 20 Schrotkörner und 3 Keschposten in's Rückgrat empfangen hatte. Nach Aussage des Arztes ist wenig Hoffnung auf Rettung. Am Meisten zu beklagen sind die beiden Familien; der eine der beiden Unglücklichen hinterläßt 5, der andere 4 unmündige Kinder.

— Von dem Abgeordneten Rickert ist folgender Antrag zu dem Gesetzentwurf, betreffend die Provinzial-Ordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen eingegangen. Zu § 1. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, den § 1 in folgender Fassung anzunehmen: Die Provinz Preußen wird in zwei Provinzen getheilt: Die Provinz Ostpreußen, bestehend aus dem Verwaltungsgebiete der Regierungsbezirke Königsberg und Gumbinnen und die Provinz Westpreußen, bestehend aus dem Verwaltungsgebiete der Regierungsbezirke Danzig und Marienwerder. Die übrigen Provinzen bleiben in ihrer gegenwärtigen Degrenzung als Verwaltungsbezirke bestehen.

lokales.

[Kunst-Verein.] Der zum 31. Januar berufenen General-Versammlung wurde zunächst die Rechnung pro 1873 vorgelegt, wonach die Einnahmen 340 Thlr. 3 Sgr. 6 Pf., die Ausgaben 176 Thlr. 1 Sgr. betragen, also ein Kassenbestand von 164 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf. (wovon 150 Thlr. bei der Sparcasse eingelegt sind) verbleibt, die Rechnungen revidirt und richtig befunden. Die Ausstellung der 11 Blätter zur „Schönen Melusine“ hat einen Uberschuß von 12 Thlr., diejenige der kaufmännischen Kartons von 13 Thlr. 11 Sgr. ergeben. Demnächst genehmigt die Versammlung den von einem Vorstands-Mitgliede mit der Kunsthandlung Sachse und Co. in Berlin abgeschlossenen Vertrag wegen Ausstellung der beiden Abundantia-Wilber von Marat gegen eine Entschädigung von 100 Thlr. und Uebernahme der Transportkosten von und nach Königsberg, sowie der Versicherungsprämie hier für den Werth von 10,000 Thlr., und beschließt die beiden Wilber in dem untern Börsensaale, welchen das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft bereitwilligst hergegeben hat, der Art auf 10 Tage auszustellen, daß die Vereins-Mitglieder und deren Angehörige Partout-Billets à 5 Sgr. pro Person erhalten sollen, während von Nicht-Mitgliedern für jebeimaligen Eintritt 5 Sgr. zu entrichten sind. Den Mitgliedern des Handwerker-Vereins und deren Angehörigen, sowie den Schülern und Schülerinnen soll der Zutritt zu 2½ Sgr. pro Person gestattet werden. Dem gestellten Antrage gemäß werden die Statuten des Vereins der Art geändert, daß zu § 1 hinzugefügt wird: „sowie c) außerordentliche Ausstellungen besonders hervorragender Kunstwerke gegen Eintrittsgeld — auch von den Vereins-Mitgliedern — falls ungewöhnliche Kosten daraus erwachsen.“ Die ordentliche Gemälde-Ausstellung wird im Einverständnis mit dem Kunst-Verein in Tilsit erst für das Jahr 1875 in Aussicht genommen. — Endlich werden die Vorstands-Mitglieder durch Akklamation wiedergewählt.

Ich ersuche Diejenigen welche mir schuldig sind, Zahlung zu leisten, widrigenfalls ich klagbar werde. **J. Kohn.**

Theater-Anzeige.

Mittwoch, den 4. Februar 1874, zum ersten Male: „Die Diamantenkönigin“. Characterbild mit Gesang in 4 Akten. **H. Lincke.**

Theater.

Freitag, den 6. Februar 1874: Zum Benefiz für Fräulein Emilie Müller und Clara Bössinger. **Sinto oder König u. Freiknecht.** Schauspiel in 5 Akten und 1 Vorspiel genannt „Der jüngere Sohn“ von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Schüler-Ball.

Sonnabend, den 7. Februar 1874, im grossen Schützen-Saal. Anfang 8 Uhr. **Gustav Pasedag.**

Volks-Versammlung!

Donnerstag, den 5. Februar, Abends 7 Uhr, im Locale des Herrn **Grabowski**, Holzstraße 3d. Tagesordnung: 1) Vortrag über die Presse. 2) Begründung einer Mitgliedschaft zum allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein. **G. Lampe.**

Krieger-Verein.

Freitag, den 6. d. Mts., Abends 8 Uhr, **Versammlung** im Vereinslokal. Vortrag über Gewalt und List Frankreichs gegen Deutschland. **Der Vorstand.**

Donnerstag, den 5. Februar, Nachmittags 2 Uhr, sollen Kirchhofstraße Nr. 1 aus dem Fleischerstr. Werner'schen Nachlasse Herrenkleider, 1 Reisepelz, Schränke, Stühle, Tische, Betten, Bettstelle, Wagen, Schlitten, 2 große kupferne Kessel, eine Partie Schmeer, eine Pferde-Siehle, verschiedene Wirtschaftssachen und Küchengeräthe sowie sämtliche Utensilien fürs Fleischergeschäft in öffentlicher Auction meistbietend verkauft werden.

Donnerstag, den 5. Februar, **Verkauf von Bau- und Brennholz** in Schernen. Anfang 10 Uhr Vormittags. **Schultz.**

TECHNICUM FRANKENBERG.

Prämitirt auf der Wiener Weltausstellung. Höhere technische Fachschule für Maschinenbau (Ingenieur und Werkmeister), Strassen- und Eisenbahnbau und technische Chemie. Vorbereitungsschule zugleich zum Einjährig-Freiwill.-Examen. Pension. Beginn der Course den 15. April und 15. October. Prospekte durch alle Buchhandlungen und gratis durch die Direction des Technicum. H. 3539b.

Die erste diesjährige Sendung neuer

hochrother Messina-Apfelsinen,

do. Messina-Pommeranzen,

letztere in diesem Jahre sehr knapp und später theurer, sowie

schöner saftreicher Messina-Citronen

empfangen soeben

W. L. Fahrenheitz Nachf.

Eine große junge **Kuh** die den 15. Februar zukommt, steht zum Verkauf

Jägerstraße Nr. 14.



Auf geachtete

Decimal- und Tafelwaagen

nimmt Bestellungen entgegen

Julius v. Niemierski,

Vibauerstraße Nr. 20. und Louisenstraße Nr. 7.

NB. Zwei **Decimal-Waagen**, je 4 Centner Tragkraft, habe auf Lager.

Memel, den 3. Februar 1874. Freitag, den 6. Februar c., 10 Uhr Vormittags, sollen an dem Plantagenwege, unweit der Försterei, **ca. 46 Raummeter Knüppel und ca. 64 Haufen Sprock** meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden; wozu Kauflustige eingeladen werden. Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft

Engl. Preuß. 149. Klassen-Lotterie.

Die Erneuerung der Loose zur 2. Klasse muß spätestens bis zum 6. Februar c., Abends 6 Uhr, stattgefunden haben. **Becker, Lotterie-Einnehmer.**

Guten alten, abgelagerten Portwein offeriren in 1/1 und 1/2 Flaschen zu einem wirklich billigen Preise

Brüter & Liebe.

Holzstraße 11. und Friedr.-Wilh.-Straße 39. 40.

Beste Schottische Kohlen

offeriren billigt **A Saebel & Co.**

Engl. Regenröcke

in verschiedenen Stoffen und allen Größen empfiehlt in großer Auswahl billigt

Julius v. Niemierski.

Vibauerstraße Nr. 20. und Louisenstraße Nr. 7.

Umzugshalber Ausverkauf.

Ich verlege nach kurzer Zeit mein **Cigarren-, Tabak- & Pfeifen-Geschäft** aus dem Lieben-thal'schen Hause, Börsenstraße 1-4, nach dem Hause der Frau **F. Weiss**, Vibauerstraße Nr. 25 (früher Eder'sche Local) und verkaufe inzwischen, um mein Lager möglichst zu räumen, zu billigsten Preisen.

Eduard Lehr jun.

Starkes Eichen- und Birken-Kloben-Holz billigt Grabenstraße Nr. 7/8.

Thee's

empfehlen in anerkannt besten Qualitäten **Julius v. Niemierski,** Vibauerstraße Nr. 20.

Ein Commis (Materialist) findet von sofort ein Engagement. Näheres in der Expedition dieses Blattes.

Ein in Condition befindlicher junger Mann mit Correspondenzen und Buchführung vertraut, wünscht zum 1. April c. oder später hier oder auswärts ein anderweitiges Engagement. Gefällige Offerten nimmt die Exped. d. Bl. unter Chiffre B. entgegen.

Ein Sattler-Gefelle wünscht beschäftigt zu werden. Zu erfragen bei Schaalbiener **M. Baschat**, Jägerstraße Nr. 12.

Ein ordentlicher **Klempnergefelle** der Lust hat nach Solbingen in Rußland zu gehen, (gegen hohen Lohn und Reise-Entschädigung) melde sich sofort Wassergasse Nr. 27.

Ein Lehrling fürs Material-Waarengeschäft wird gesucht, aber nur ein solcher der lituanisch spricht und schon in einem Geschäft gewesen ist. Näheres zu erfragen in der Expedition dieses Blattes.

Einen Lehrling sucht

A. Schöler, Schneidermeister.

Eine ordentliche erfahrene Köchin findet zum 15. Februar eine gute Stelle **Johannesstraße Nr. 9-10.**

Eine zuverlässige Kinderfrau wird gesucht. Meldungen persönlich Vormittags 10-11 Uhr, **Schuhstraße Nr. 4 und 5.**

Eine ordentliche Aufwartefrau gesucht

Hospitalstraße Nr. 7.

Ein ordentlicher Laufbursche kann sich melden Linden-Allee Nr. 2.

Zwei junge Mädchen, die der Hausfrau in der Wirthschaft auch zum Nähen behilflich sein wollen, suchen hier oder auswärts eine Stelle. **Alexanderstraße Nr. 10-12.**

Gefunden.

Am Montag Abend ist im Theater (Estrade) eine goldne Broche gefunden worden. Der Eigenthümer kann dieselbe gegen Erstattung der Insertionskosten in Empfang nehmen **Rehrwiederstr. Nr. 5 unten.**

Eine Wohnung von 6-7 Zimmern, womöglich mit Garten, im Mittelpunkte der Stadt, wird vom 1. October c. oder auch schon früher gesucht. Gefällige Offerten in der Expedition dieses Blattes sub X. Y. abzugeben.

Zu vermietthen die Belle-Etage Marktstraße Nr. 41. Zu erfragen daselbst, 2 Treppen.

Ein Ladenlokal ist von sofort zu vermietthen **Börsenstraße 1-4.** Näheres bei **J. Liebenthal.**

Zwei zusammenhängende möblirte Zimmer sind von sofort zu vermietthen **Bäderstr. 9/10.**

Ein möblirtes Zimmer ist zu vermietthen. Näheres in der Expedition dieses Blattes.

Ein gut möblirtes Zimmer ist von gleich zu vermietthen **Rohgardenstraße Nr. 6.** Wenn gewünscht wird auch Pferdebestall und Durckengelatz.

Substitutions-Patent.

Das dem Wirthsohn **Martin Bedkenti's** gehörige, im hiesigen Gerichtsbezirk belegene Grundstück Erdmantel Nr. 855., das bei einer Fläche von 31,36,50 Hektaren, der Grundsteuer unterliegt und nach einem Reinertrage von 96 Thlr. 97 Dz. und einem Nutzungswerthe von 25 Thlr. zur Grund- und Gebäudesteuer veranlagt worden ist, wovon der Auszug aus der Steuerrolle, Hypothekenschein, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, ingleichen besondere Kaufbedingungen in unserm Bureau III. eingesehen werden können, soll am **28. März 1874, Vorm. 10 Uhr**, an ordentlicher Gerichtsstelle (Audienz-Zimmer Nr. 18) im Wege der nothwendigen Substitution versteigert werden. Der Termin, in welchem das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags verkündet werden soll, wird auf **den 30. März cr., Vorm. 12 Uhr**,

an ordentlicher Gerichtsstelle anberaumt. Alle diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung bedürftige, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden. **Memel, den 30. Januar 1874.**

Königl. Kreis-Gericht.
Der Substitutions-Richter.
Schwarz.

Druck und Verlag von **F. W. Siebert** in Memel. Verantwortlicher Redacteur **Dr. Külf** in Memel. Beilage.

Ein **Tisch-Clavier** ist zu verkaufen **Linden-Allee Nr. 10-11.**

Geschältes Backobst (Birnen)

empfehlen billigt **C. E. Bonk.**

Beste

Strahlender Spielfarten

erhielt **Julius v. Niemierski.** Vibauerstr. Nr. 20. und Louisenstr. Nr. 7.

Ein guter Mehlkasten

wird für alt zu kaufen gesucht. Näh. i. d. Exped. d. Bl.

Beilage zu No. 29. des Memeler Dampfboots.

Mittwoch, den 4. Februar 1874.

** Landtagsverhandlungen.

39 Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 31. Januar 1874.

Beginn der Sitzung 11 Uhr. Am Ministertisch: Achenbach, Falk, Camphausen und Commisare.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Paster, daß als er in einer der letzten Debatten der officiösen Presse eine andere, nach seiner Ansicht schädliche Preßthätigkeit entgegenstellte, er nicht die Thätigkeit eines Mitgliedes des Hauses im Auge hatte, wie einige Blätter gemuthmaßt haben und daß er diese Erklärung aus eigenem Antriebe abgebe.

I. Der Nachweis über die Verwendung des Fonds für 1872 zu unvorhergesehenen außerordentlichen Ausgaben für die Staatseisenbahnen wird der Budget-Commission überwiesen.

II. und III. In dritter Verathung werden die Gesetz-Entwürfe betr. die anderweitige Regelung der Gebühren für die Vollstreckung der Executionen Seitens der Verwaltungsbehörden in den Hohenzollern'schen Landen; und betr. die Ablösung der den Geistlichen und Schulinsituten, sowie den frommen und milden Stiftungen u. s. w. in der Provinz Hannover zustehenden Realberechtigungen, ohne Debatte genehmigt.

IV. Fortsetzung der zweiten Verathung des Etats des Kultusministeriums. Cap. 125 enthält den Etat des Elementarunterrichtswesens. Zu den ersten beiden Titeln: Seminarien und Präparandenanstalten liegen Seitens der Budgetcommission die Anträge vor: Die Staatsregierung aufzufordern:

a) für das Jahr 1875: 1) den Besoldungsfonds der Directoren und Lehrer der Seminarien (Stellenzahl und Gehaltsätze), 2) die sonstigen persönlichen Ausgaben, 3) die sächlichen Ausgaben nach getrennten Titeln in den Etat aufzunehmen, und in entsprechender Weise mit Tit. 2, Präparandenanstalten zu verfahren.

b) in dem Etat für 1875: die confessionellen Bezeichnungen der Seminarien und Präparandenanstalten, soweit sie Staatsanstalten sind, sowie in dem bezüglichen Extraordinarium wegfällen zu lassen.

Referent Abg. Wehrenpfeinig erläuterte die jetzt verlangte Ungleichheit der formalen Behandlung im Etat der Gymnasien einerseits und andererseits der Seminarien und Präparandenanstalten durch den Umstand, daß erstere juristische Personen, letztere rein staatliche Anstalten seien; die Streichung der confessionellen Bezeichnungen ist aus denselben Gründen beantragt, welche diese Streichung in früheren Jahren bei den Gymnasien — mit Ausnahme der stiftungsmäßigen — herbeiführten. Die Mehrausgaben von 82,978 Thlr. 8 Sgr. 6 Pf. resp. 22,225 Thlr. rechtfertigt derselbe im Einklang mit den Erklärungen der Regierung aus der Nothwendigkeit der Gehaltserhöhungen, den gestiegenen Unterhaltspreisen u.

Abg. Kiesel hofft, daß die Verbesserung der Gehälter der Seminarlehrer eine gleichmäßigere und erheblichere durch Hilfe des zu erwartenden Unterrichtsgesetzes werden möge.

Abg. Windthorst (Meppen) erklärt sich gegen die Streichung der confessionellen Bezeichnung der Seminarien. Es sei allerdings behauptet, es solle mit dieser Streichung an den bestehenden Verhältnissen nichts geändert werden; damit stehe im Widerspruch die andere Behauptung, daß die Anstellungsfähigkeit evangelischer Lehrer an katholischen Anstalten und umgekehrt herbeigeführt werden solle. Das verlege die Bestimmungen vieler Stiftungsurkunden und den Artikel 15 der Verfassung. Im Extraordinarium sind 1,068,296 Thlr. für Neu- und Umbauten von Seminarien ausgeworfen.

Abg. Lucius beklagt, daß das Erfurter Seminar, das an den schlimmsten Uebelständen, besonders in sanitärischer Beziehung leide, nicht auch berücksichtigt worden sei.

Der Cultus-Minister: In Erfurt fand man vor zwei Möglichkeiten: Ausbau oder Verlegung in eine andere Stadt. Wegen der Schwierigkeiten des ersteren dachte man an die letztere trotz aller Proteste, welche aus Erfurt einliefen. Indessen ist mit der Entseftung der Stadt die Möglichkeit gegeben, einen angemessenen Bauplatz zu erhalten; im nächsten Etat werde ich im Stande sein, bezügliche Vorschläge zu machen.

Abg. v. Mallinckrodt wünscht, daß es klar werde, warum es sich bei dem zweiten Antrag der Commission handle. Das Cultus-Ministerium verfolge die Laktif, in aller Stille Maßregeln vorzunehmen, deren Resultate alle Welt dann überraschten. Man wolle den confessionellen Charakter der Seminare in der Schule beseitigen; die erste Etappe auf diesem Wege sei der Antrag der Commission. Der juristische Fehler dieses Strebens sei der Bruch der Verfassung, welche dem confessionellen Charakter der Volksschule sanctionire. In Elsaß habe man denselben bereits

beseitigt. Wer jetzt auch nur im Anfang nachgebe, sei bei der jetzigen Schulleitung verloren. Die protestantische Schule sei sicher, nicht von katholischen Elementen überfluthet zu werden; umgekehrt aber liege es anders. Man wolle den katholischen Geist zuerst aus dem Schullehrerpersonal treiben, die Candidaten auf die staatskatholische Fährte treiben und durch dieselbe das katholische Volk. (Bravo im Centrum, Zischen links.)

Abg. Tschow meint, der Vorredner mache es sich recht leicht, er lege den Segnern Absichten vor, die sie nicht hätten. Die Evangelischen seien stets toleranter gewesen als die Katholiken. Er sei Vorsteher eines Seminars gewesen, an dem ein katholischer Lehrer mit Erfolg gewirkt habe, die Katholiken hätten von dieser Streichung nichts zu befürchten. Es handle sich nicht um eine Unterdrückung des katholischen Volks, sondern um eine Zurückweisung der Uebergriffe der katholischen Kirche.

Abg. v. Gerlach erklärt, es sei die Tendenz des Antrags, nicht den katholischen Geist aus der Schule, sondern den religiösen Geist aus den katholischen wie aus den evangelischen Schulen zu treiben.

Abg. Hänel: Den religiösen Geist wolle man nicht austreiben, aber jeden Fanatismus, welcher nicht den staatlichen Grundsatz der Parität aller Bekenntnisse anerkenne. Den Staatsanstalten müsse ihr staatlicher Charakter gewahrt und verhütet werden, daß sie confessionelle Stifter würden. Der Antrag stelle die Tragweite der Art. 15 und 24 der Verfassung für ein bestimmtes Feld fest. Referent Wehrenpfeinig: Der confessionelle Charakter solle gestrichen werden nur so weit es sich um Staatsanstalten handle, die stiftungsmäßigen Anstalten sollten nicht angetastet werden. Die Herren Windthorst, v. Mallinckrodt und v. Gerlach versuchten wieder die alte Interpretation des Art. 15: Zuerst gebe man den Staats-Anstalten confessionelle Bezeichnungen und leite dann das Besitzrecht der Kirche aus demselben her. Die Bildungsmittel, durch welche Preußen geworden, seien im staatlichen Besitz und nie im Besitz dieser oder jener Kirche gewesen. Kein Mensch in der Commission habe an confessionellen Schulen gedacht, aber wie die Haltung des Centrums herbeigeführt, daß an manchen höheren Schulen der Religionsunterricht unmöglich geworden, an dem guten Willen dieser Partei liege es, ob nicht die Regierung gezwungen wurde, auch die Volksschule confessionellos zu machen, wie sie in Holland bereits sei.

Die Anträge der Commission werden sodann angenommen. Eine weitere zum Extraordinarium von derselben beantragte Resolution lautet:

Die Staats-Regierung aufzufordern, die Errichtung von Seminar-Internaten soviel als möglich zu vermeiden, sowie bei der in Berent, Warendorf, Fulda Ufingen und Nettmann in Aussicht genommenen Einrichtung des Internats nur so weit auszuweichen, als die örtlichen Verhältnisse es unbedingt nothwendig machen.

In der Debatte betont Abg. Kiesel, daß die früheren Nachteile der Internate größtentheils ein Ende gefunden, weil er aber durch Aufhebung der Internate auch die für ärmere Seminaristen durch dieselben gebotenen Vortheile wegfällen und so der Mangel an Lehrern noch vergrößert werden würde, will er nicht die prinzipielle Verwerfung der Internate, und kann sich für die Resolution nur erklären, soweit sie diesen prinzipiellen Standpunkt nicht einnehme.

Abg. Tschow erklärt sich auch für ein Mischsystem von Externaten und Internaten; da aber die bauliche Herstellung von Externat-Seminarien bedeutend schneller und wohlfeiler erfolgen, also demzufolge den Lehrmangel auch in kürzerer Zeit abgeholfen und aus den Ersparnissen größere Unterstützungen gewährt werden könnten, spricht er sich für Annahme der Resolution aus.

Regierungs-Commissar Schnieder constatirt, daß die Externate sich bisher wohl bewährt hätten. Die prinzipielle Frage nach dem Vorzug des Internats und Externats sei indessen noch nicht entschieden. Bei der Neube-gründung von Seminarien müßten Zweckmäßigkeitsgründe entscheiden; wo Externate möglich seien, habe die Regierung sie vorgezogen; die Gefahren aber lägen in der Ausbeutung der jungen Leute, in der Anknüpfung verwirrender Beziehungen, Ueberarbeiten in Folge von Nebenwerb und pecuniären Opfern. Viele Wohlthaten des wohlgeleiteten Internats seien dagegen nicht zu verkennen: die Sicherstellung des Unterhalts, bessere Ausnützung der Zeit u. Bei den Externaten wären außerdem größere Unterstützungen nöthig. Die Regierung habe gesucht, den Internaten größere Freiheiten zu gewähren und hoffe in beiden Formen die den Seminarien gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Abg. Wehrenpfeinig erklärt, die Frage des Internats und Externats richte sich danach, ob man den Lehrer nicht eher von der äußeren Zucht emancipiren und der

Zucht der Selbstbeherrschung übergeben wolle, bis er sein Amt antrete, oder ob man ihn vorher an die künftige Freiheit gewöhnen wolle.

Nach Abg. v. Mellinckrodt habe die Debatte keine Klarheit in die Sache gebracht; man scheine nur etwas thun zu wollen, und thue etwas, dessen Ziele Niemand erkenne.

Abg. Miquel glaubt, daß wenn der Vorredner Klarheit vermisse, dies mehr an ihm, als an der Debatte liege. Die Commission sei principiell für Externate, sehe aber ein, daß unter gewissen localen Verhältnissen Internate nicht zu entbehren seien, und in diesem Sinne sei die betreffende Resolution vorgeschlagen. Die Resolution wird mit geringer Majorität angenommen.

Zu den Titeln der Elementarschulen schlägt die Commission bedeutende Aenderungen vor. 400,000 Thlr. sollen den Fonds zur Gewährung zeitweiliger Gehaltszulagen für ältere Lehrer hinzugefügt werden. Die Position für Besoldungen, Zuschüsse, Gehaltszulagen u. beläuft sich auf 2,542,284 Thlr. Nach den Ausführungen des Referenten Wehrenpfeinig war diese Position von 1850 bis 1867 sich ungefähr gleichgeblieben, darnach wurde sie mehrfach bedeutend vermehrt. Aber dieser Erhöhung in 20 Jahren um 2 Millionen stand gegenüber die Erhöhung der Preise in derselben Zeit um fast 50 pCt. Es war noch lange nicht Alles für die 50,000 Lehrer geschehen. Nach gouvernementalen Uebersichten fehlten 1872 zur Erreichung allein des Minimalgehalts noch 586,000 Thlr., durchschnittlich für die einzelnen Lehrer 30—60 Thlr. je nach den Regierungsbezirken; gegenüber diesen Bedürfnissen verlangt die Regierung nur ein Mehr von 50,000 Thlr. Da indessen die in Folge der Vertheilung von 1873 eingetretenen Aenderungen noch nicht zu übersehen sind, beschloß die Commission 400,000 Thlr. für Alterszulagen mehr zu fordern, um etwas für die Lehrer auch in diesem Jahre zu thun. Indessen müßten jene 400,000 Thlr. irgendwo hergeschafft werden. 150,000 Thlr. setzte man demgemäß von dem Titel behufs Errichtung neuer Schulen im Betrage von 244,253 Thlr. ab. Ferner verlangt Tit. 7 der Regierungsvorlage zu Schulaufsichtskosten 536,137 Thlr. 25 Sgr. 1 Pf. In Anbetracht, daß diese Verhältnisse event. in Folge des neuen Schulgesetzes bald wieder verändert werden könnten, beantragt die Commission diesen Titel in nachfolgende 3 Titel zu verlegen und für dieselben zu bewilligen:

a) Tit. 7 zu Schulaufsichtskosten 90,000 Thlr. Vermerkungs-Ersparnisse können zur Verstärkung von Tit. 7a verwendet werden.

b) Tit. 7a. Zu Schulaufsichtskosten und zwar zu Remunerationen für die commissarische Verwaltung von Schulinspectionen 146,137 Thlr. 25 Sgr. 1 Pf.

c) Tit. 7b. Zu zeitweiligen Remunerationen für Schulinspectoren im Nebenamt 50,000 Thlr. — Vermerkungs-Ersparnisse können zur Verstärkung von Tit. 7a verwendet werden.

Mit Hilfe der gewährten 400,000 Thlr. würde die Alterszulage durchschnittlich von 20 Thlr. nach 12 Dienstjahren resp. 40 Thlr., nach 22 Dienstjahren auf 25 Thlr., nach 10 resp. auf 50 Thlr. nach 20 Dienstjahren erhöht werden, was nur der Billigkeit entspräche.

Zu diesen Commissionsanträgen tritt ein Amendement des Abg. Kasse, welcher die Tit. 7a und 7b derselben zusammenfassen und dementsprechend auf 196,137 Thlr. 25 Sgr. 1 Pf. normiren will; ihm entgegen ein Antrag des Abg. Schröder (Pippstadt).

Von der Forderung der Regierung den gegen 1873 mehrgeforderten Betrag 436,137 Thlr. 25 Sgr. 1 Pf. zu streichen und somit diesen Tit. nur in Höhe von 100,000 Thlr. zu bewilligen.

Der Cultusminister: Der Uebertragung von 150,000 Thlr. von dem Tit. behufs Errichtung neuer Schulstellen widerspricht die Regierung nicht. Nach den Anträgen der Regierung werden nur 10 neue Kreis-Schulinspectoren beantragt; statt der Anstellung weiterer Schulinspectoren wolle die Regierung commissarische Verwaltung eintreten lassen und zwar zunächst wegen der Schwierigkeit, geeignete Persönlichkeiten zu finden. Die nöthigen Kosten für die commissarische Verwaltung müßten gewährt werden. (Die Regierung verlangt 412,000 Thlr.) Dasselbe hat schon vielfach trefflich gewirkt (Widerspruch im Centrum), denn die von den katholischen Geistlichen geübte Aufsicht erwies sich zum guten Theil als gar keine und gegenüber solchen Mißständen bedarf es einer Vermehrung der Commissarien, die der Antrag Schröder (Pippstadt) mir aus guten Gründen nicht gewähren will. Der größte Theil der Remuneration ist den Kreis- und Localschulinspectoren zugedacht, welche Geistliche sind. Daß die Besoldungen derselben angemessen seien, wünschen Majorität dieses Hauses und Regierung gleichmäßig; das Haus hatte sogar eine

Resolution im vorigen Jahre beschlossen, bezufolge ihnen Remunerationen für die Uebernahme der Schulaufsicht zu Theil werden sollten, die Regierung hielt die Bewahrung derselben für eine Pflicht des Staats. Ferner verdient die Thätigkeit der Geistlichen in der Schulaufsicht alles Lob. Aus diesen Erwägungen ging die Forderung der Regierung hervor. Dieselbe scheint mir nicht dem künftigen Schulgesetz zu präjudizieren, denn dasselbe wird voraussichtlich über die Schulaufsicht die jetzigen Bestimmungen enthalten, und es ist doch fraglich, ob dasselbe so bald zu Stande kommt. (Widerspruch) — ich werde mich freuen, wenn es in der bestehenden Legislaturperiode zu Ende kommt. Wenn die Erwägungen der Regierung indessen nicht die Billigung des Hauses finden sollten, würde ich natürlich einer Streichung die Uebertragung auf einen anderen Titel, wie sie von der Commission vorgeschlagen wird, vorziehen. Da ich indessen die Summe des eventuellen Titel 7 b. nicht für ausreichend halte, möchte ich die vom Abg. Kasse vorgeschlagene Vereinigung von 7. a und 7. b befrworten.

Der Finanzminister: Die Frage der Schulaufsicht wird im künftigen Jahre noch größere Dimensionen annehmen, wie in diesem. Die Gewährung einer angemessenen Entschädigung für die Mithewaltung der Schulaufsicht halte ich für eine Staatspflicht und würden 250,000 Thlr. von diesem Posten abgesetzt, so müßte ich einen Beschluß der Regierung darüber herbeiführen, ob nicht den Geistlichen directe Gehaltsverbesserungen werden müßten. Die Frage, was an Gehaltsverbesserungen noch zu thun ist, bedarf vor ihrer Erledigung der Feststellung mehrerer Punkte. Die Frage, wieweit die Gemeinden, wieweit der Staat einzutreten habe, ist leider noch immer nicht entschieden, was für den Finanzminister am meisten Uebelstände hat; ich sehne vor allen Mitgliedern des Hauses das Zustandekommen des Schulgesetzes herbei. Wenn ich erst klar über die Pflichten des Staates sehen würde, würde ich mit Freuden 1 oder selbst 2 Millionen mehr zahlen. (Bravo!) Sollte andererseits das Haus die Erhöhung der Alterszulagen beschließen, so würde es den Finanzminister darin nicht zum Feinde haben (Beifall.)

Abg. v. Lyskowski beklagt wieder einmal die Entpolonisirung der Elementarschule in Polen, welche mit Hilfe der vorragenden Stellung, die die Deutsche Sprache im Lehrplan einnehmen, angebahnt werde; worauf vom Regierungsrath die Zufriedenheit Ausdruck fand, mit welcher man die Resultate des jetzigen Lehrsystems betrachte. Die Kenntniß der Deutschen Sprache könne den Polnischen Kindern nur vorthellhaft sein.

Nachdem Abg. Miquel noch den Antrag der Commission mit dem Amendement Kasse vertreten hat, beschließt das Haus demgemäß.

Die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Cultusministeriums wird auf 7 Uhr vertagt.

Paris, 29. Jan. (Special-Correspondenz.) Die „Gazette de France“, ein ultralegitimistisches Organ, hat leßthin geäußert: „Die Prorogation wird monarchisch sein, oder sie wird überhaupt nicht sein.“ Dieser Ausdruck hat hingereicht, um sofort die äußerste Linke aufzuschrecken, welche dieserhalb eine Interpellation formuliert hat, die thätige Hilfsstruppen in den Reihen des linken Centrums und in einzelnen liberalen Gruppen des rechten Centrums gefunden hat. Es wird mir versichert, daß Herr Thiers diese Interpellation benutzen würde, um auf den politischen Kampfplatz zurückzutreten und einen coup d'éclat auszuführen. Er würde hierbei sowohl die Doctrinen der Rechten, als die der radicalen Linken zurückweisen und sich eine Majorität auf dem Gebiete der siebenjährigen Republik zu verschaffen suchen. Ich glaube kaum, daß die Interpellation den Erfolg haben wird, welchen Thiers, der augenblickliche Chef der vereinigten Linken, von ihr erwartet, aber jedenfalls darf man sich nicht verhehlen, daß Herr von Broglie einen harten Kampf gegen die vollständig organisirte Coalition wird zu bestehen haben, welche ihn direct anzugreifen beabsichtigt. Wenn meine Informationen, wie ich annehmen muß, genau sind, so wird der Cabinetschef dieser Taktik, welcher nur auf einer Equivoque beruht, zu begegnen wissen und nicht zögern, klare und präcise Erklärungen abzugeben, welche zwar einen offenen Bruch mit der äußersten Rechten herbeiführen, aber die conservative Majorität vollständig beruhigen werden. In Erwartung dieses parlamentarischen Ereignisses, welches am 9. Februar statthaben soll, wird Herr Thiers, um sich in den Sattel zu schwingen, bei der Discussion der neuen Steuern das Wort ergreifen und von Neuem vor der Nationalversammlung seine Finanz- und Deconomieprojecte vorzulegen. — Die bonapartistische Partei ist in diesem Augenblick sehr lebhaft interessiert im „Pas de Calais“, die imperialistische Candidatur des Herrn Cens durchzubringen. Der Kampf scheint sich in diesem Departement nur auf die Republikaner und Bonapartisten zu beschränken. Das royalistische und katholische Journal „Le Pas de Calais“ empfiehlt, entmuthigt wie es ist, vollständige Enthaltung der Wahlen. Dieser Rath dürfte jedoch schwerlich befolgt werden und dem imperialistischen Candidaten werden alle die Stimmen der Monarchisten zu Gute kommen, welche von der Republik, mag sie sich unter irgend welcher Form vor-

stellen, nichts wissen wollen. Der „Figaro“, dem man keineswegs Zügellosigkeit für die imperialistische Partei vorwerfen kann, sagt über diese Wahl heute Morgen: „Unwillkürlich muß man zugeben, daß überall da, wo sich das monarchische Princip zeigt, es die bonapartistische Form annimmt.“ Das würde jedoch nur wahr sein, wenn Frankreich der Republik überdrüssig wäre, wenn das Septennat nicht existirte und wenn es sich nicht in den loyalen Händen des Marschalls Mac Mahon befände. Die Parteidemokratie werden nicht den Sieg über den gesunden Sinn der Massen davon tragen. Noch kann es zwar parlamentarische Stürme geben, aber unzweifelhaft wird kein socialer Sturm die Existenz des Landes zu erschüttern vermögen. Wie ich Ihnen schon oft wiederholt habe, ist das Land der Revolutionen müde und wünscht keine neuen. — Alles läßt darauf schließen, daß die clericalen Deputirten, die Herren Keller, Velcastel und Lucien Brun, darauf verzichten wollen, die Regierung über die Unterdrückung des „Univers“ zu interpelliren. Louis Venillot soll persönlich Schritte bei seinen Glaubensgenossen gemacht haben, um sie zu diesem Verzicht zu bewegen. So bin ich auch keineswegs über die Mittheilung erstaunt, daß die Regierung Angesichts dieses Acts der Mäßigung gewillt ist, die Konsequenzen der harten Maßregelung des katholischen Blattes zu mildern. — Man behauptet immer noch, daß Herr Magne aus der Vorlage der Steuern eine Portefeuillefrage macht. — Der Marschall-Präsident ist heute einer Einladung zur Jagd bei dem Marquis de Bethune nach Sully gefolgt. — Heute schritt die Academie zur Wahl für die drei durch die Herren Lebrun, Saint-Mars, Girardin und Bitet erledigten Plätze. Bei dem ersten Wahlgange wurde Alexander Dumas fils mit 22, bei dem dritten Mr. Mezieres mit 18 und bei dem vierten Wahlgange M. Caro mit 18 Stimmen gewählt.

Offene Augen:

Novelle von Ludwig Habicht.

Fortsetzung.

„Wie Recht haben Sie, mein theurer, verehrter Freund!“ rief der Maler. „Ich habe oft dieselben Gedanken gehabt und um so gräßlicher berührt mich ihr finstres Geschick. Daß gerade sie, dieses reine, edle Wesen von wilden Raubthieren zerfleischt worden, ist mir wie ein Verbrechen an dem Heiligsten selbst. Doch, wo ist sie? Ich muß sie noch einmal sehen;“ und er wollte hastig die Treppe hinaufstürmen.

Der Pfarrrer hielt ihn zurück. „Nein, junger Freund, Sie dürfen Celestinen nicht wiedersehen. Vor Ihrer Seele steht das Bild der Theuren in ungetrübt, reiner Schönheit, warum wollten Sie es sich zerstören durch den Anblick eines verstümmelten, entstellten Leichnams?“

Richard stutzte. „O diese Barbaren! Wie muß sie noch gelitten haben!“

„Ich glaube es nicht“, entgegnete der Geistliche. „Gewiß hat sie schon der erste Schlag auf die Stirn betäubt, vielleicht schon die zarte Hülle zerstört!“

„Und haben Sie keine Ahnung, wer diese Glenden gewesen, was sie zu dieser furchtbaren That getrieben?“

Einige Augenblicke zögerte der alte Herr mit der Antwort. „Kommen Sie auf mein Studirzimmer, dann will ich Ihnen Alles erzählen.“

In jenem stillen, freundlichen Raume war nichts verändert, ein Geist des Friedens schien darin zu wehen und sich Jedem mitzutheilen, der das Zimmer betrat. Auch der Maler wurde etwas ruhiger und hörte mit schmerzlicher Theilnahme auf den Bericht des Pfarrrers. Als aber derselbe dann erzählte, daß sich der Verdacht auf August gerichtet und derselbe bereits verhaftet worden, rief der Maler lebhaft aus: „Das ist unmöglich, mein Freund ist sicher völlig unschuldig.“

„Selbst genug; trotzdem bereits so schwere Verdachtsgründe vorliegen, kann ich ebenfalls an seine Schuld nicht glauben“, bemerkte der Geistliche. „Ich habe freilich August nicht oft gesehen, und seit zwei Jahren gar nicht mehr, aber er hat auf mich stets den Eindruck eines äußerst gutmüthigen, etwas schwerfälligen Menschen gemacht.“

„Sie haben sich nicht getäuscht“, entgegnete Richard; „mein armer Freund ist die ehrlichste, offenste Natur; trotz eines gewissen burchifosen Kennzeichens ist er von einer Harmlosigkeit, die nicht im Stande ist, absichtlich einem Kinde wehe zu thun; eines heimlichen, heimtückischen Mordes ist er am wenigsten fähig.“

„Sein Oheim dagegen glaubt an seine Schuld“, berichtete der Pfarrrer weiter; „er theilt mir sofort alle Verhandlungen mit, und ich muß gestehen, daß freilich bereits die schwersten Verdachtsgründe gegen den Referendar vorliegen.“

„Welche?“ fragte der Maler hastig.

Der alte Herr erzählte, was er von dem Justizrath erfahren hatte.

Richard hörte mit Entsetzen, welche starkes Neg sich bereits um das Haupt seines armen Freundes geschlungen habe. „Und dennoch ist er unschuldig!“ rief er hastig aus. „Diese treuen, offenen Augen können nicht lügen; er ist nimmermehr einer solchen Schandthat fähig.“

„Ich mag trotz alledem an seine Schuld nicht glauben“, versicherte der alte Herr, „weil ich an Allen irre würde, wenn es möglich wäre, daß ein solch' trefflicher Mensch, um des schändlichen Mammons willen, in diesen furchtbaren Abgrund versinken könnte.“

„Wie beruhigend ist es mir, daß Sie meine Meinung theilen! Wir müssen Alles versuchen, den Aermsten zu retten. Bei seinem arglosen, ehrlichen Wesen war es leicht, ihm Fallstricke zu legen. Wie ich wenigstens seine Braut kenne, bin ich überzeugt, daß sie ihn absichtlich mit vernichten hilft.“

„Glauben Sie das wirklich?“ fragte der Pfarrrer; „es ist mir ebenfalls aufgefallen, daß ihre Aussage mit der des Bräutigams in einem solch' scharfen Widerspruche steht.“

„Ich halte sie für das grausamste, rücksichtsloseste Geschöpf, das keinen Anstand nimmt, Alles zu zertreten, was sich ihm in den Weg stellt.“

„Was sollte sie aber bewegen, ihren Bräutigam vollends zum Abgrund zu drängen?“

„Mein Freund hat zwischen ihr und einer Andern geschwankt, sie aufgeben wollen, und damit ihren Stolz, ihren Hochmuth auf das Furchtbarste verletzt. Sie hat mit Freunden die Gelegenheit ergriffen, um August vollends zu vernichten, denn ich bin der festen Ueberzeugung, daß die Angaben meines armen Freundes auf reiner Wahrheit beruhen. Ich habe ihn niemals auf der kleinsten Lüge ertappen können, er verstand diese jämmerliche Kunst garnicht, weil er stets gewohnt war, seinen graden Weg zu gehen.“

„Ich muß Ihnen gestehen, daß mich die Aussage seiner Braut am meisten beunruhigt und irre gemacht hat“, bemerkte der alte Herr; „aber Ihre psychologischen Gründe scheinen mir klar und einleuchtend.“

„Wenn Sie Mathilde jemals gesehen hätten, dann würden Sie noch unumwundener meine Ueberzeugung theilen“, erwiderte der Maler. „Diese kalten Augen haben mir förmlich wehe gethan. Ein Zug von schonungsloser Grausamkeit prägt sich unverkennbar darin aus. Und mit welcher Andacht lauschte sie auf die blutigen Jagdgeschichten Emils; ich bin überzeugt, in ihr schlummert eine Hyäne, die nur der Gelegenheit harret, um hervorzubrechen und sich über irgend ein armes Opfer zu werfen.“

„Mein Großneffe hat ebenfalls dort seine alberne Jagdgeschichten erzählt?“

„Ja wohl, und er hat damit auf Mathilde einen bedeutenden Eindruck gemacht, und ich bin überzeugt, daß diese beiden verschlagenen Menschen meinen harmlosen Freund getäuscht. Emil zeigte sich äußerst gleichgültig gegen Mathilde und weigerte sich, der ferneren Einladung Augusts zu folgen; trotzdem hat er die Pugmacherin heimlich besucht.“

„Ein solches Intriguenspiel schießt meinem Großneffen ähnlich.“

„Ich bin überzeugt, Mathilde hat ihren Bräutigam nie geliebt, und durch die Begegnung mit dem interessanten Better trat der schlechte August vollends in den Schatten, und schon deshalb hat sie jetzt freudig die Gelegenheit benutzt ihn völlig aufzugeben.“

(Fortsetzung folgt.)

Bermischtes.

** Vor einer Angelegenheit, die von den schlimmsten Folgen begleitet sein kann, wollen wir unsere Leser warnen. Veranlassung dazu giebt ein Fall, der sich in der vorigen Woche in Görlitz zutragen. Ein Kaufmann kam etwa um 2 Uhr Nachts nach Hause und fand seine Frau auf dem Bett liegen, schwer stöhnend und ohne Bewußtsein. Sie hatte ihren Mann, wie oft, erwartet und sich schließlich müde auf's Bett gelegt, nachdem sie vorher die Petroleumlampe bis auf ein Minimum heruntergeschraubt. Nur der rasch angewendeten Hilfe war es zu danken, daß größeres Unglück verhütet wurde. Bei heruntergeschraubtem Dochte verbreitet sich, besonders wenn das Petroleum schlecht ist, im Zimmer ein Dunst, der gemischt mit einer Anzahl von schwarzen Ruffleden, sich so auf Augen, Nase und Athmungsorgane legt, daß man beim Einathmen Gefahr läuft, in bester Form zu ersticken. Tagelang nachher hat man Drücken im Kopf und das Lustholen wird schwer; der Versuch von einer Stunde wird Ungläubigen zeigen, wie Tischtücher, Gardinen und alle andern Sachen sich mit Millionen kleiner schwarzer Stäubchen bedecken. Es ist also rathsam, die Lampe stets hell brennen zu lassen, oder ganz zu verlöschen.